



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

PRETORIA, im Juli 1971
P. O. Box 2289

Ref.: 381.0 - Hu/mm

Vertraulich

Herrn Bundesrat P. G r a b e r
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departementes

B e r n

Politischer Schlussbericht

an	BRE	GB				a/a
Datum	15.7	21.8.				21.8.
Visa	✓	gr				gr
EPD 15. Juli 1971						
Ref. p.B. 15. 21. Afr. Südl.						

Handwritten notes:
- ~~2. K.~~ *noch*
- *2. K. - 2. K. rebur*
- *15. AUG. 71*
- *✓*

Herr Bundesrat,

Das Problem Weiss/Schwarz in Südafrika wird von Aussenstehenden oft mit dem Negerproblem in den Vereinigten Staaten verglichen, wobei an die Adresse Pretorias appelliert wird, die Segregation nach amerikanischem Vorbild einzuführen. Diejenigen, die dies postulieren, vergessen dabei weitgehend die historischen und politischen Gegebenheiten. Der diesbezügliche Unterschied zwischen Südafrika und den USA lässt sich wie folgt charakterisieren:

- 1) Die Proportion der Weissen zu den Schwarzen ist nicht dieselbe.
- 2) Der amerikanische Neger ist seit langem von seinem Herkunftsland, beziehungsweise von seinem ursprünglichen Stamm vollständig losgetrennt, während der südafrikanische Bantu mit seinem Stamm immer noch relativ eng verbunden geblieben ist.

./.

Kopie für H. Bundesrat Graber zurückbehalten für



- 3) Der amerikanische Neger besitzt kein eigentliches "homeland", dagegen steht ihm - wenigstens theoretisch - das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten offen, während in Südafrika grössere Gruppen von Bantus in ihren traditionellen "homelands" leben.
- 4) Die amerikanische Staatsverfassung garantiert die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, ohne Ansehen der Rasse, Hautfarbe oder des Glaubens.

Betrachtet man den Punkt 1.) näher, so muss man feststellen, dass in den USA auf ungefähr zehn Weisse ein Schwarzer kommt. In meinem Residenzland trifft es umgekehrt vier bis fünf Nichtweisse auf einen Weissen. Demzufolge ist das Verhältnis von Schwarz zu Weiss hier mindestens vierzigmal grösser als in den Vereinigten Staaten. Trotz der von Pretoria stark forcierten selektiven Ansiedlung weisser Einwanderer nimmt aber wegen des enormen Geburtenüberschusses bei der nichtweissen Bevölkerung das schwarze Element noch ständig zu ungunsten der Weissen zu.

* *
* *

Vor 23 Jahren kam die Nationalistische Partei, in erster Linie gestützt auf ihre Warnung vor der "swart gevaar", ans Ruder (wobei bekanntlich nur die weissen Bürger das Stimmrecht besaßen). Als Lösung des Rassenproblems befürworteten die Nationalisten für die schwarze Bevölkerung die Schaffung von "homelands" oder "Bantustans" in den traditionellen Stammesgebieten der einzelnen schwarzen Volksgruppen, wo ihnen im Rahmen der getrennten Entwicklung - oder

Apartheid - bürgerliche Rechte eingeräumt wurden. Das erklärte Fernziel der Regierungspartei ist es, diese Bantustans ihrer völligen Unabhängigkeit entgegen zu führen. So haben heute die Xhosas ihr eigenes Staatsgebilde (mit Parlament) in der sogenannten Transkei, einem Gebiet von der Grösse der Schweiz. Auch die Zulus, mit ihrem dynamischen Chief Buthelezi an der Spitze, gehen mit Riesenschritten ihrer Autonomie entgegen, desgleichen die Sothos, Tswanas, Vendas und die Tsongas.

Wenn man weiss, wie verfehlet diese einzelnen Stämme unter sich sind - sie besitzen auch keine gemeinsame Sprache - so kann der unbefangene Beobachter dem Bantustan-System nicht eine gewisse Berechtigung absprechen. Ebenso leuchtet es ein, dass, falls diesen Stämmen freie Hand gegeben würde, wahrscheinlich sehr bald chaotische Zustände entstünden, beziehungsweise ein Bürgerkrieg grössten Ausmasses ausbrechen würde. In Anbetracht der reichen Bodenschätze Südafrikas würden sicherlich auch die daran interessierten Grossmächte eingreifen, so wie das beispielsweise im Biafra-Konflikt geschehen ist.

Die Achillesferse bei diesem Bantustan-Experiment ist zweifellos der Mangel an genügenden Arbeitsplätzen innerhalb der "homelands", und die dadurch bedingte Abwanderung der Schwarzen nach den Städten, wo ihre Arbeitskraft in der Industrie, im Bauwesen, im Haushalt usw. beansprucht wird, und wo sie - ohne die bürgerlichen Rechte, die den Bewohnern der Bantustans zustehen - lediglich den Status von Aufenthaltlern haben. Es ist klar, dass diese Zuzügler sich dabei zunehmend verstädtern und ihre Stammestradiation verlieren. Diese sogenannte "detrribalization" grösserer Teile der schwarzen Bevölkerung bringt gewisse Gefahren mit sich, da diese Bantus sehr leicht ein Spielball politischer Agitation werden können, wie dies beispielsweise bei den Sharpville-Unruhen im Jahre 1960 der Fall war.

- 4 -

Keine Lösung indessen hat die Nationalistische Partei für die "Coloureds" gefunden, denn der von Ministerpräsident Vorster für die zwei Millionen Mischlinge der Kapprovinz vorgeschlagene Kurs des "parallel development" (ohne "homeland"), ist völlig unzulänglich und dürfte auf lange Sicht zu Unruhen führen.

Die oppositionelle "United Party", die sich sowohl bei den Parlamentswahlen als auch bei den Provinzwahlen des letzten Jahres zusätzliche Mandate auf Kosten der Nationalisten erworben hat, bietet mit ihrem Programm der "white supremacy" keine richtige Alternative für das Bantustan-System und dasjenige des "parallel development" an. Die am extrem linken Flügel der Opposition stehenden Progressiven - sie besitzen nur einen Parlamentssitz - befürworten die allmähliche Integration der Rassen, doch ist dieser politische Kurs, den zwar einige Grossindustrielle wie Harry Oppenheimer, unterstützen, den Ereignissen mindestens 20 Jahre voraus und daher für die Mehrheit der weissen Bevölkerung nicht akzeptabel.

Während seiner fünfjährigen Amtszeit hat Ministerpräsident Vorster in Rassenfragen die straffe Zügelführung seines Vorgängers Verwoerd kaum merklich gelockert. Ich bin zwar fest davon überzeugt, dass er gerne gewisse Abstriche an seiner Apartheidpolitik gemacht hätte, doch bei jeder noch so kleinen Konzession musste er feststellen, dass die reaktionären Elemente (und sie sind besonders im Transvaal und im Oranje Freistaat sehr zahlreich) seine Partei unter Beschuss nehmen. Sogar die Tatsache, dass er im Rahmen seiner "outward look policy" versucht hat, Südafrika durch einen "cordon sanitaire" von den im Norden gelegenen militanten schwarzen Staaten abzuschirmen und Fühler nach weiter entfernten schwarzen Hauptstädten auszustrecken, hat die erreaktionäre Hertzog-Gruppe, die sogenannte "Herstigte Nationale Partei", auf den Plan gerufen. Vorster war deswegen gezwungen,

./.

nach zwei Schritten vorwärts wieder einen oder sogar zwei Schritte zurückzutreten; nur dadurch gelang es seiner Partei, die "Herstigte Nationale Partei" bei den letzten Wahlen entscheidend zu schlagen. Immerhin muss er in Sachen Dialog mit schwarzafrikanischen Führern sehr behutsam vorgehen, will er nicht die konservativen Elemente in seiner eigenen Partei vor den Kopf stossen. Der treibende Mann hinter der "outward look policy" und dem Gedanken des Dialogs ist Aussenminister H. Muller, ein hochintelligenter und integrier Mann. Er ist es auch, der es verstanden hat, die französische Regierung, als Grossbritannien wegen seiner geplanten Waffenlieferungen an Südafrika mit seinen Commonwealth-Partnern Schwierigkeiten bekam, dazu zu bringen, in die Lücke zu springen. Die französischen Rüstungslieferungen sind ebenso vielseitig wie umfangreich; ich erwähne in diesem Zusammenhang Unterseeboote, Helikopter, Mirage-Uberschalljäger, die neuerdings hier in Lizenz hergestellt werden sollen, wie auch die Panhard-Panzerwagen, die schon seit einigen Jahren hier in Lizenz fabriziert werden, und ferner das gemeinsam mit Frankreich entwickelte Leitraketengerät "Cactus". Die französische Regierung scheint sich dabei über die seitens schwarzafrikanischer Staaten an ihre Adresse gerichteten Vorwürfe einfach hinwegzusetzen.

Ob es zwischen Südafrika und andern schwarzafrikanischen Staaten in dem von Präsident Houphouet-Boigny postulierten Sinn zu einem erspriesslichen Dialog kommen wird, welcher zur Beseitigung der Apartheidpolitik führen soll, steht auf einem andern Blatt. Man kann sich schwer vorstellen, dass die 3 1/2 Millionen Weissen in Südafrika ihre Position merklich abbauen oder sich gar selber das Grab schaufeln werden.

Ein kleiner Lichtblick in rassenpolitischer Hinsicht verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung: Pretoria hat diese Woche erstmals einem schwarzen Botschafter (nämlich dem Vertreter von Malawi), das Agrément erteilt, und im August kommt

- 6 -

zum ersten Mal in der Person von Präsident Banda ein schwarzes Staatsoberhaupt zu einem offiziellen Besuch nach Südafrika. Somit ist die Situation etwas fluid geworden.

Immerhin glaube ich nicht, dass die jetzige Regierung oder eventuell auch eine aus Elementen der United Party und den Nationalisten gebildete andere Regierung am grünen Tisch im Gespräch mit schwarzafrikanischen Staaten sich bedeutsame Konzessionen rassenpolitischer Art wird abhandeln lassen. Eine Auflockerung der Rassendiskriminierung wird meines Erachtens bestimmt kommen, aber erst dann, wenn wirtschaftlich die Existenz Südafrikas bedroht sein wird. Wenn nämlich, wie jetzt, nur ein Bruchteil der potentiellen Arbeitskraft der schwarzen Bevölkerung ausgenützt wird, weil die weissen Gewerkschaften sich mit Händen und Füßen gegen die Heranbildung geschulter Nichtweisser wehren, wird es zu einer verhängnisvollen Situation kommen. Diese dürfte sich aber nur dadurch beheben lassen, wenn der menschenunwürdige "Job Reservation Act" aufgehoben wird. Dieses Gesetz räumt bekanntlich der gesamten weissen Bevölkerung (und mögen darunter einzelne Leute noch so ungeeignet sein) ein Vorrecht auf alle Arbeitsplätze, welche geschulte Arbeitskräfte erheischen, ein. Auf die Dauer wird sich diese weisse Monopolstellung bestimmt nicht aufrechterhalten lassen, denn es braucht, soll die wirtschaftliche Wachstumsrate nicht sinken, je länger desto mehr qualifizierte Arbeitskräfte und diese können zwangsläufig nur aus dem Reservoir der schwarzen Arbeiter herangebildet werden.

*

*

./.

*

Eines muss man der hiesigen Regierung zugute halten: das ist die Art und Weise, wie sie den Bau von muster-gültigen Schulen und Spitalern für die Schwarzen vorantreibt. Das grösste Spital der südlichen Hemisphäre überhaupt ist dasjenige, welches in der Nähe von Johannesburg ausschliesslich Schwarzen zur Verfügung steht. Neuerdings gibt es auch drei schwarze Universitäten.

Weiter ist zu sagen, dass in Südafrika absolute Ruhe und Ordnung herrscht. Der Preis der dafür bezahlt wird, ist allerdings reichlich hoch. Die Republik besitzt bewaffnete Streitkräfte, die es im Alleingang mit jedem Gegner auf dem afrikanischen Kontinent aufnehmen können. Sodann hat die Nation eine zahlenmässig grosse und bestens ausgebildete Polizei-truppe, die unter anderem dafür sorgt, dass die Durchsetzung der Rassentrennungsgesetze gewährleistet wird. Der Regierung steht ein ganzes polizeistaatliches Instrumentarium von zum Teil schikanösen Bestimmungen zur Verfügung, welche in das tägliche Leben der Bevölkerung eingreifen.

* *
 *
 *

Zum Schluss noch ein Wort über Südafrikas internationale Stellung.

Im Jahre 1910 hatte die südafrikanische Union mit den angrenzenden britischen Protektoraten Betschuana-land, Swasiland und Basutoland ein Zollunionsabkommen abgeschlossen, gestützt auf welches den drei genannten Territorien ein kleiner Prozentsatz der gesamten Zolleinnahmen ./.
./.

des Vertragsgebietes zuflossen. Nach Erlangung ihrer Selbständigkeit (Betschuanaland = Botswana 1966, Basutoland = Lesotho 1966 und Swasiland 1968) drängten die genannten drei Staaten auf eine Anpassung des Zollunionsabkommens an die gegenwärtigen Verhältnisse, und ein revidiertes, und für diese Kleinstaaten weit günstigeres Abkommen wurde am 11. Dezember 1969 in Pretoria unterzeichnet.

Die Beziehungen Südafrikas zu der Enklave Lesotho sind sehr gut, und deren Ministerpräsident, Chief Leabua Jonathan, ist einer der eifrigsten Befürworter des Dialogs zwischen schwarzafrikanischen Staaten und Pretoria. Zu Swasiland sind die Beziehungen korrekt und zu Botswana eher kühl. Dies kam beispielsweise anlässlich der jüngsten Gipfelkonferenz der OAU in Addis Abeba bei der Abstimmung über die Frage des von der Elfenbeinküste befürworteten Dialogs deutlich zum Ausdruck: Lesotho stimmte dafür, Swasiland enthielt sich der Stimme, und Botswana stimmte dagegen.

Der Regierung Vorster schwebte von jeher die Schaffung einer "co-prosperity sphere" im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents vor. In der Tat ist es Pretoria gelungen, eine Interessengemeinschaft mit Portugal (Angola und Mozambique), Rhodesien, Botswana, Swasiland, Lesotho, Malawi, und neuerdings auch mit Madagaskar, ins Leben zu rufen. Was indessen nicht gelang, war der Einbezug, oder allerwenigstens die Neutralisierung, Sambias. Ueber die Fühler, welche Pretoria nach Lusaka ausstreckte, und die diesbezüglich inkonsequente Haltung Präsident Kaundas, hat Vorster in der letzten Parlamentssession in Kapstadt recht undiplomatische Enthüllungen gemacht. So bleibt nun Sambia auf der andern Seite des Zauns und versucht weiterhin, dort stationierte Freiheits-

kämpfer nach Rhodesien und Südwestafrika einzuschleusen. Pretoria hat deswegen bekanntlich eine Anzahl Polizeidetachemente in Rhodesien stationiert, welche die dortigen Ordnungskräfte unterstützen.

Infolge der Schliessung des Suez-Kanals und des Vordringens des sowjetrussischen und chinesischen Einflusses im Indischen Ozean und auf dem afrikanischen Kontinent, hat Südafrika als Hüterin der Kaproute, und als vorgeschobener Posten der westlichen Zivilisation, für die Westmächte in strategischer Hinsicht sehr an Bedeutung gewonnen. Dies kommt beispielsweise bei Abstimmungen im Schosse der Vereinten Nationen deutlich zum Ausdruck, indem die USA, Grossbritannien und Frankreich in der Regel die von den Afro-Asiaten gegen Pretoria unternommenen Vorstösse durch ihre Gegenstimme oder durch Stimmenthaltung abschwächen oder gar unwirksam machen.

Dem jüngsten Spruch des Internationalen Gerichtshofes in Bezug auf Südwestafrika misst Pretoria geringe Bedeutung bei, weil es sich lediglich um ein "advisory opinion" handelt und man hier erwartet, dass, falls es im Sicherheitsrat zu einer Abstimmung über Sanktionen gegen Südafrika kommen sollte, eine diesbezügliche Beschlussfassung durch Frankreich, Grossbritannien, eventuell auch die USA, vereitelt würde.

Nicht geringe Sorgen bereitet meinem Residenzland der allfällige Eintritt Grossbritanniens in die EWG, wodurch Südafrika in Bezug auf seine bedeutsamen Exporte nach England der bisherigen Zollpräferenzen verlustig ginge. Man bemüht sich deswegen eifrig, neue Absatzgebiete für die südafrikanischen Ausfuhren, insbesondere für die Agrarprodukte, zu finden.

- 10 -

Schliesslich wünscht Pretoria sehnlichst eine baldige Beilegung des Rhodesienkonflikts, damit wenigstens dieser Gefahrenherd in Australafrika von der Weltbühne verschwinde. Vorster hat, wie ich weiss, mehrmals Schlichtungsversuche unternommen, weshalb die gegenwärtigen Konsultationen in Salisbury zwischen Vertretern Grossbritanniens und dem Regime Smiths hier in Pretoria mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

